

## **220 Jahre nach dem Sturm auf die Bastille**

Wie das Paßwort einer Revolution zur Worthülse verkam

Wir sollten uns daran erinnern, daß vor 220 Jahren die Große Französische Revolution begann, die zu den folgenreichsten Ereignissen der europäischen Geschichte zählt. Sie leitete einen tiefgehenden politischen und sozialen Umwälzungsprozeß ein, der bis heute nicht abgeschlossen ist. Die von Robespierre der Aufklärung entlehnte und verkündete Parole der Revolution lautete: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“. Dieses Dreigestirn wurde 1958 in der Verfassung der Französischen Republik verankert und gilt als Teil des nationalen Erbes. Es wäre gut, wenn diese Forderungen in alle nationalen Verfassungen aufgenommen würden. Warum?

Der Freiheitsbegriff wird von den Liberalen und jenen, welche sich heute als Neoliberale darstellen, vor allem auf die Freiheit der Unternehmer zur Sicherung von Profit und Extraprofit bezogen. In diesem Sinne setzt man ihn rücksichtslos durch. Zwischen dem Verlangen nach Freiheit und der Forderung nach Gleichheit und Brüderlichkeit bestehen unlösbare Widersprüche. Einem Konzept für die Menschheit, dem diese Proklamation der Französischen Revolution zugrunde liegt, sind die Länder des Sozialismus, unter ihnen die DDR, bereits deutlich näher gekommen als der „freie“ Westen.

Das mag durch einige Beispiele illustriert werden. In der DDR erhielt ein Facharbeiter monatlich etwa 900 Mark Lohn, der Generaldirektor eines Kombinats im Höchsthalle das Fünffache. Er konnte auf eine wesentlich höhere Qualifikation verweisen und trug entschieden mehr Verantwortung. Deshalb gab es bei uns keine billige Gleichmacherei. In der BRD verdient ein Facharbeiter heute bis zu 30 000 Euro im Jahr, aber ein Spitzenmanager kann auf das Fünfzehn- oder Zwanzigfache dieser Summe verweisen, wozu noch enorme Zuwendungen in Form von Bonuszahlungen, Vergütungen für die Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen usw. kommen. Es gibt nicht wenige Konzernbosse und Bankchefs, deren Jahresbezüge sich auf 10 Millionen Euro beziffern. Mit Gleichheit hat das nichts mehr zu tun, sondern nur noch mit maßloser Gier. Dabei berufen sich die Bosse auf Arbeitsverträge. Wer aber setzt denn solche Kontrakte auf? Sie selbst sind führend daran beteiligt. Ein weiteres Beispiel: Friedenssicherung. Dabei handelt es sich um einen Schritt in Richtung Brüderlichkeit der Völker. Es geht um die Wahrnehmung nationaler Interessen auf dem Verhandlungswege, nicht durch Waffengewalt. Von der DDR ist niemals ein Krieg begonnen worden. Und heute? Warum waren und sind „die Deutschen“ eigentlich in Kosovo, in Afghanistan, am Horn von Afrika und vor Libanons Küsten? Weshalb ist die BRD direkt oder indirekt überall dort verstrickt, wo die USA-Führung unter Nutzung der NATO ihre Weltmachtambitionen durchsetzen will? Ein drittes Beispiel: Die zwischenmenschlichen Beziehungen gestalteten sich in der DDR und den anderen sozialistischen Ländern wesentlich wärmer und menschenfreundlicher als im „Westen“. Viele frühere DDR - Bürger, die in den letzten Jahren dorthin übersiedelten, beklagen sich über fehlende Solidarität, Mangel an gegenseitiger Hilfe, Schwierigkeiten bei der Herstellung freundschaftlicher Kontakte zu Nachbarn und Arbeitskollegen. Auch im Osten kühlen sich die Beziehungen unter BRD-Einwirkung merklich ab. Niemand darf wissen, wieviel der andere verdient. Mobbing am Arbeitsplatz ist angesagt, besonders Frauen leiden darunter. Mit einem Wort: Auch in bezug auf „Brüderlichkeit“ geht es rapide abwärts. All das erklärt, warum bei Umfragen der Meinungsforscher aus Allensbach inzwischen 45 % der Westdeutschen und 54 % der Ostdeutschen der Meinung sind, die Idee des Sozialismus sei das bessere

Gesellschaftskonzept. Auf Arbeitslosigkeit und die Tatsache angesprochen, daß immer mehr Menschen Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen, während das Großkapital nach wie vor riesige Gewinne einfährt, sagten schon 2007 rund 62% der Befragten, sie könnten auf eine solche Freiheit verzichten.

In den Medien werden die angeblichen Vorteile der „sozialen Marktwirtschaft“ unablässig gepriesen. In letzter Zeit ist solches Lob angesichts der weltweiten Krise des Kapitalismus allerdings leiser geworden, und an die sogenannten Selbstheilungskräfte des Marktes glaubt unterdessen kaum noch jemand.

Ulrike Ackermann offenbart in ihrem Essay „Eros der Freiheit“ (Klett-Cotta-Verlag 2008) ihren Kummer mit den Worten: „Je weiter das Jahr 1989 und der glorreiche Sieg der Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft über den Kommunismus in die Ferne rückt, desto beliebter und hoffähiger wird der Sozialismus, desto mehr verkümmert die Liebe zur Freiheit hierzulande.“ Der Prozeß nüchternen Herangehens an die Realitäten der BRD schreitet zweifellos voran. Das liberale Freiheitsverständnis wird von immer mehr Menschen als „kalte Freiheit“ betrachtet, die nur Ungleichheit und Ungerechtigkeit produziert. So klagt Frau Ackermann: „Doch die Freiheit bleibt zerbrechlich.“ Mit anderen Worten: Die großbürgerliche und antikommunistische Autorin ist sich keineswegs sicher, ob es mit der Ausbeutung und Profitmacherei auch künftig so ungehemmt weitergehen wird wie bisher.

Längst hat die Weltwirtschaftskrise die Finanzmärkte überschritten und erfaßt mit einer noch nie dagewesenen Geschwindigkeit auch alle übrigen Bereiche der kapitalistischen Ökonomie. So kommt es überall auf dem Globus zu Produktionsdrosselungen, Insolvenzen und Massenentlassungen. Deutschland wird das besonders hart treffen. Dem Wähler bleibt dieses „Erfolgserlebnis“ der Bourgeoisie allerdings bis zum Abstimmungstag vorenthalten; erst dann wird er in seinen Strudel voll hineingerissen. Man erinnert sich noch an das Eiapopeia vom Export-Weltmeister. Mit einem Ausfuhranteil von 48% am Bruttoinlandsprodukt dürfte die BRD neben den USA und Japan an der Spitze der Krisenverlierer stehen. Die enorme Überproduktion im Ergebnis grenzenloser Freiheit für die Unternehmer und deren skrupelloses Streben nach Maximalprofit schlägt auf das System zurück. Wie muß ein Konzept für die Zukunft der Menschheit aussehen, das sich auf die Losung der Großen Französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ gründet?

Es ist in jedem Falle nicht unter kapitalistischen Bedingungen realisierbar, was Frankreichs eigene Erfahrungen bewiesen haben.

*Dr. Werner Liebig*